

# Schwarzwälder Tageszeitung

Begründet  
1877

Aus den Tannen

Fernsprecher  
No 11

Amtsblatt für den Bezirk Nagold und für Altensteig-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt.

Bezugspreis: Wöchentlich 40 Goldpfennige. Die Einzelnummer kostet 10 Goldpfennige. Bei Nicht-Anzeigenpreis: Die einseitige Zeile oder deren Raum 12 Goldpfennige, die Reklamezeile 35 Goldpfennigen der Zeitung infolge höherer Gewalt oder Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Lieferung. Spätkar innerhalb 8 Tagen. — Für telephonisch erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr.

Nr. 300

Altensteig, Samstag den 20. Dezember.

Jahrgang 1924

Hierzu das „Schwarzwälder Sonntagsblatt“ sowie eine Beilage.

## Zur Lage.

Noch wenige Tage und das Fest der deutschen und christlichen Familie, Weihnachten, klopft an die Türe. Aber die Weihnachtsstimmung fehlt noch. Der Winter ohne Schnee, mit trübem Nebel und heimlichem Frost kann sie nicht geben. Die politischen Nachwehen der Wahlen, wie die Krisen in der Reichsregierung und in der Wirtschaft, die ungelärten Beziehungen nach außen — sie alle lassen einen dumpfen Druck auf dem deutschen Gemüt zurück. Und doch sind Weihnachten und die Tage der Vorfreude so recht etwas für die deutsche Innerlichkeit und das deutsche Gemüt. So müssen wir uns denn aufpassen, um die drückenden Sorgen abzuschütteln, um von den Weihnachtstagen den rechten inneren Gewinn zu haben.

Jämmerlicher denn alle Regierungskrisen des zu Ende eilenden Jahres löst sich in Berlin die Bildung einer neuen Reichsregierung nach den Wahlen des 7. Dezember an. Diese Vorweihnachtswoche ist geradezu ein typisches Beispiel für die Unfähigkeit des parlamentarischen Systems in Deutschland, denn durch Parteibeschlüsse ist nunmehr der Weg zu einer Mehrheitsbildung verbaut. Das Kabinett Marx ist zurückgetreten, befragt aber die Geschäfte weiter. Es mußte gehen, denn es verfügt nicht über ein Drittel der Stimmen im Reichstag. Zwei Möglichkeiten schuf die Wahl des 7. Dezember für die Regierungsbildung im Reich: Eine Linkregierung oder eine Rechtsregierung. Die Voraussetzung aber war, daß die Parteien der Mitte sich eine klare Haltung aneigneten. Das geschah vorweg von den Demokraten, die eine Rechtsregierung ablehnten und ebenso, zeitlich wohl am längsten, durch die Deutsche Volkspartei, die für eine Rechtskoalition schon vor der Auflösung des alten Reichstags eintrat und dies nun wiederum verlangt. Die Haltung des Zentrums war bei der letzten Krise unklar. Nunmehr hat die Reichstagsfraktion sich gegen eine bürgerliche Regierung oder Rechtskoalition ausgesprochen. Hinter der Begründung, daß außenpolitische Gründe für diese Entscheidung maßgebend waren, kann man allerlei herauslesen. Daß aber das Zentrum eine Regierung der Mitte anstrebt nach der Stellungnahme der maßgebenden Fraktion, bleibt praktisch betrachtet, eine Utopie. Die Mitte kann nur regieren unter der stillen Teilhaberschaft der Sozialdemokratie oder der Rechten. Die Große Koalition von der Sozialdemokratie bis zur Volkspartei war durch die Stellungnahme der Volkspartei von Haus aus unmöglich. Die sogenannte Weimarer oder Wirtschaftsregierung aus Sozialdemokratie, Zentrum und Demokraten verfügt nicht über die notwendige Mehrheit. Umgekehrt ist auch eine bürgerliche Koalition aus Deutscher Volkspartei, Deutschnationalen, Bayerischer Volkspartei und Wirtschaftspartei bei der ablehnenden Haltung des Zentrums wie der Demokraten zur starken Mehrheitsbildung nicht möglich. So sind in der Tat zunächst alle Wege zur Mehrheitsbildung im Reichstag verstrickt durch die feste Bindung der Parteien. Es können aber wohl Fraktionsbeschlüsse umgeworfen werden. Bei jeder Partei wird man sich jedoch vor einem Umfall hüten. Dennoch ist der Weg dazu noch vorhanden, aber er ist schwierig und mit Dornen besetzt.

Vorerst steht das eine fest: Die Regierungsbildung ist auf dem nachgerade berühmten „toten“ Punkt angekommen. Kein Mensch weiß, wie eine neue Regierung gebildet werden soll. Nach der Ablehnung Dr. Stresemanns, der den Auftrag zur Regierungsbildung infolge des Zentrumsbeschlusses gar nicht annahm, doktriert Reichskanzler Marx verständig auf dem Problem herum. Nachdem aber auch die kleinen Gruppen der Wirtschaftspartei, der Bayerischen Volkspartei und die Nationalsozialisten mit zusammen 70 Stimmen ihre Stellungnahme für eine bürgerliche Regierung angemeldet haben, sind die Bestrebungen zur Regierungsbildung auf dem Gefrierpunkt angelangt. Wenn das Blatt des Reichskanzlers, die „Germania“, als letzte Rettung die Wiederherstellung der Regierung der Mitte, also die bisherige Regierungskoalition aus Zentrum, Demokraten und Volkspartei empfiehlt, so steht dem entgegen, daß die Volkspartei ausdrücklich erklärte, daß sie sich an keiner Minderheitsregierung mehr beteiligen will.

Der Gedanke einer nochmaligen Reichstagsauflösung und Neuwahl ist Anstößig und schließt Verfassungsbruch in sich, wird auch wohl von keiner Seite ernstlich erwogen. Die Sozialdemokratie erklärt sich für die Wirtschaftsregierung als die zahlenmäßig stärkste Gruppe und zugleich für eine Unter-

stützung der Mitte. Dem gegenüber steht aber die strikt ablehnende Haltung der Deutschen Volkspartei, die nicht von heute ist, sondern vor allen Parteibeschlüssen bereits im September dieses Jahres feststand.

Soweit die sachliche Seite dieser trübenden und leidigen Angelegenheit, von der parteipolitischen soll abgesehen werden. Denn je nach parteipolitischer Einstellung wird man den Stab über die Fraktionsbeschlüsse der Parteien brechen. Von links schiebt man die Verantwortung der Volkspartei, von rechts diese dem Zentrum für den unheilvollen Wirrwarr in Berlin zu. Die Verlegenheit der Verantwortlichen in Deutschland ist groß und das deutsche Volk mag daraus schon für die nächsten Wahlen lernen, daß es gilt, von der Parteierspaltung loszukommen.

In den Handelsvertragsverhandlungen, die Deutschland mit dem Ausland zu führen hat, ist bereits die Weihnachtspause bis zum 29. Dezember eingetreten. Nicht von überall lauten die Nachrichten günstig. In Paris sind der Schwierigkeiten noch viele zu überwinden, besonders auf dem Gebiet der Einfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse, aber auch im Handel und Warenaustausch der Schwerindustrie.

Schlimmer noch stehen die außenpolitischen Belange des Reiches, da jetzt deutlich erkennbar ist, daß die Kölner Zone zum 10. Januar nicht geräumt wird. Als Vorwand wird dazu die Militärkontrolle in Deutschland genommen. Frankreich hat dies konstruiert, den Bericht der verbündeten Kontrollkommission hinausgezögert und in England hat man sich auf einen Kuhhandel auf Kosten Deutschlands eingelassen. Dadurch erhielt das britische Weltreich die freie Hand für Ägypten und gegenüber dem Völkerbund in dieser Frage. Auch die kommende Völkerbunds-Kontrolle der militärischen Rüstungen Deutschlands hat England auf diese unfaire Art an Frankreich verkauft. Die Zukunft wird dies deutlich lehren. Die englischen Nationalisten, die Diehards, erkranken heimlich und offen ein englisch-französisches Zusammengehen gegen Deutschland.

Hand in Hand damit geht die Unterwühlung des Kabinetts Herriot in Frankreich, die der ehemalige Präsident der französischen Republik, Millerand, betreibt. In einer Rede sagte er dieser Tage, daß Herriots Werk in der Verneinung bestehe, so daß Frankreichs Heer, seine Finanzen und sein Frieden bedroht seien. Dazu paßt das Fiasko der letzten Völkerbundstagung in Rom, das ausschließlich in einer Annäherung Englands und Frankreichs in ihren imperialistischen Zielen bestand.

In der Wetterrede des Ballans, in Albanien, ist ein neuer Brand entstanden, der Italien bereits zur Entsendung von zwei Kriegsschiffen an die albanische Küste veranlaßt. Hinter der albanischen Resolution soll Südslawien stehen. Der albanische Bürgerkrieg ist bereits zu einer internationalen Frage geworden, insofern alle Kabinette Europas sich damit beschäftigen und Albanien seine Truppen mobilisiert. Wehmützig ist die Lage in Marokko. Der Rückzug der Spanier hat in Frankreich die Begierde nach weiterem afrikanischem Land geweckt. Diplomatische Verhandlungen sind bereits eingeleitet. Das kommende Jahr wird zweifellos eine neue Marokkokonferenz bringen.

Die Volkswirtschaften Rußlands stehen auf dem Sprung. Die Vorgänge in Estland haben dies gezeigt. Ihre rührige Tätigkeit in Frankreich hat zu zahlreichen Ausweisungen geführt. Die Vorgänge in China sind völlig unübersichtlich. Auch dort spielt die bolschewistische Propaganda keine kleine Rolle.

## Die Regierungsbildung verlagert.

Das seitherige Kabinett beforgt die Geschäfte weiter.

Berlin, 19. Dez. Der Reichskanzler berichtete am Freitag vormittag dem Reichspräsidenten über seine gestrigen Besprechungen mit den Parteiführern, die ergeben haben, daß die Fraktionen an ihren Beschlüssen festhalten und daher zurzeit die Bildung einer Mehrheitsregierung unmöglich erscheint. Reichspräsident und Reichskanzler kamen bei dieser Sachlage dahin überein, daß die Neubildung der Regierung bis kurz vor Zusammentritt des neuen Reichstages hinausgeschoben und das bisherige Kabinett die Geschäfte weiterführen wird. Der Reichskanzler wird im Laufe des Tages in einer Sitzung des Reichsministeriums die Lage besprechen.

Unsere Zeitung bestellen!

## Neues vom Tage.

Errichtung der landwirtschaftlichen Kreditbank.

Berlin, 19. Dez. Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft gab im Reichsrat auf Anfrage eine Erklärung über die Liquidierung der Rentenbank ab, worin u. a. folgendes gesagt wird: Es mußte für unzulässig erachtet werden, daß die Deutsche Rentenbank ihre Mittel unmittelbar an einzelne landwirtschaftliche Kreditinstitute kreditweise hergab. Dagegen ist es als zulässig erachtet worden, daß die Rentenbank ihre verfügbaren Mittel mit Zustimmung der Reichsregierung einer Treuhänderstelle überweist, die ihrerseits die Verpflichtung übernimmt, die ihr von der Rentenbank zu trennen Händen überwiesenen Mittel für eine bis 1. November 1925 laufende Uebergangszeit an landwirtschaftliche Kreditinstitute nach einem von der Rentenbank mit Zustimmung der Reichsregierung aufgestellten Plan, ohne eigene Haftung für den Eingang, auszuliehen mit der Maßgabe, daß, sobald die während der Uebergangszeit gemäß § 9 des Liquidierungsgesetzes mit Einverständnis der Rentenbank und der Reichsregierung zu gründende landwirtschaftliche Kreditbank errichtet ist, diese Mittel auf die landwirtschaftliche Kreditbank übergehen und daß andernfalls die genannten Mittel von der Treuhänderstelle an die Rentenbank übereignet werden. Es ist in Aussicht genommen, über die Errichtung der landwirtschaftlichen Kreditbank sofort einen Gesetzentwurf auf Grund der Vorverhandlungen dem Reichsrat und dem Reichstag vorzulegen.

Gebührenänderungen bei der Reichspost.

Berlin, 19. Dez. Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichspost beriet die Vorlagen über die Gebührenerhöhungen und die dazu gestellten Anträge des Arbeitsausschusses des Verwaltungsrats. In seiner Begrüßungsansprache betonte der Reichspostminister, daß das Bestreben der deutschen Reichspost vor allem darauf gerichtet sein müsse, die Einrichtungen technisch so auf die Höhe zu bringen, daß das deutsche Wirtschaftsleben sich voll entwickeln könne. Es gehörten dazu aber große Mittel, die eine Herabsetzung der Tarife unter die Friedenssätze nicht gestatteten.

Von den Beschlüssen des Verwaltungsrates sei folgendes mitgeteilt: Die Vorlage betreffend Minderung des Auflieferungsverfahrens und Ermäßigung der Gebühren für telegraphische Aufträge des Geldverkehrs wurde angenommen. Für Briefe über 250 — 500 Gramm wurde eine Gebühr von 30  $\text{P}$  festgesetzt. Im Postgeldverkehr werden künftig für die Einzahlung mit Zahlkarte erhoben: bei Beträgen bis 25  $\text{R.M.}$  10  $\text{P}$ , bis 100  $\text{R.M.}$  15  $\text{P}$ , bis 250  $\text{R.M.}$  20  $\text{P}$ , bis 500  $\text{R.M.}$  30  $\text{P}$ , bis 750  $\text{R.M.}$  40  $\text{P}$ , bis 1000  $\text{R.M.}$  50  $\text{P}$  und bei höheren Beträgen 60  $\text{P}$ . Im Telegrammverkehr wurde die Fernworigebühr von 15  $\text{P}$  auf 10  $\text{P}$ , die Wortgebühr für Ortstelegramme von 7,5 auf 5  $\text{P}$  und die Wortgebühr für Briefstelegramme von 10 auf 5  $\text{P}$  herabgesetzt. Für die Fernsprechtgebühren wurden im Ortsverkehr engere Stufen gebildet. Künftig werden für 100 bis 150 Gespräche 14  $\text{P}$ , für 151 bis 200 Gespräche 13  $\text{P}$ , für 201 bis 250 Gespräche 12  $\text{P}$ , für 251 — 300 Gespräche 11  $\text{P}$  und für jedes weitere Gespräch 10  $\text{P}$  erhoben. Die Fernsprechtgebühren erfahren in der Entfernungsstufe von 50 bis 100 Kilometer eine Ermäßigung um 15  $\text{P}$ , in den weiteren Stufen eine solche von 30  $\text{P}$ . Die Einrichtungsgebühr bei Hauptanschlüssen wurde von 90 auf 80  $\text{M}$  herabgesetzt. Die Auslandsbriefgebühr wird folgendermaßen herabgesetzt: für Briefe bis 20 Gramm 25  $\text{P}$ , für jede weitere 20 Gramm 15  $\text{P}$ , für Postkarten 15  $\text{P}$ .

Die Gebührenänderungen im Post-, Postgeld- und Telegraphenverkehr treten am 1. Januar 1925 und diejenigen im Fernsprechtverkehr am 1. Februar 1925 in Kraft. Der Nachtrag zum Voranschlag der Deutschen Reichspost für das Rechnungsjahr 1924 wurde unverändert angenommen.

Haarmannprozeß-Urteilsverkündung.

Hannover, 19. Dez. Der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Böckermann verkündigte am Freitag kurz nach 10 Uhr folgendes Urteil: Der angeklagte Händler Erik Haarmann wird wegen Mordes in 24 Fällen und unter Freisprechung von der Anklage des Mordes in drei weiteren Fällen vierundzwanzig Mal zum Tode verurteilt. Außerdem werden ihm die bürgerlichen Ehrenrechte auf Lebenszeit aberkannt. Der angeklagte Kaufmann Grans wird wegen Anstiftung zum Morde in einem Falle zum Tode verurteilt, sowie wegen Beihilfe zum Morde zu 12 Jahren Zuchthaus. Auch ihm werden die bürgerlichen Ehrenrechte auf Lebenszeit aber-

kannt. Die Kosten des Verfahrens tragen, soweit Verurteilung vorliegt, die Angeklagten, soweit Freisprechung vorliegt, die Staatskasse.

Das Gericht hat weiter beschlossen, daß das Verfahren gegen Haarmann eingestellt wird, soweit gegen ihn öffentliche Anklage wegen Unterschlagung erhoben, und das Verfahren gegen Grans eingestellt wird, soweit gegen ihn Anklage wegen gewerbenmäßiger Fehlfahrt erhoben ist.

#### Keine Räumung der Kölner Zone

London, 18. Dez. Einer Neutermeldung zufolge erklärte Curzon im Oberhaus, der Bericht der interalliierten Militärkommission sei nicht vor dem 10. Januar 1925 zu erwarten, da er durch die beständige und andauernde Obstruktion seitens Deutschlands während der letzten 2 Jahre verzögert worden sei. Sobald der Bericht eingegangen sei, würden die Alliierten in eine Prüfung der Frage der Räumung der Kölner Zone eintreten.

#### Protest der Reichsregierung

Berlin, 19. Dez. Das bisherige Reichskabinett hat eine Besprechung abgehalten, die der Rede Lord Curzons über die Nichträumung der Kölner Zone gegolten hat. Wie zuverlässig verlautet und Dr. Marx der Zentrumsfraktion bestätigte, wird die deutsche Regierung nochmals gegen die beabsichtigte Verschiebung des ersten Räumungstermins durch ihre Vertreter in den vier alliierten Hauptstädten protestieren. Aus Rom liegt heute zur Räumungsfrage eine Resolution der faschistischen Wälder von einem durch Mussolini ausgesprochenen Desinteressement Italiens an der Ruhräumung vor.

#### Deutsche Note an den Völkerbund

Berlin, 19. Dez. Alle im Völkerbundsrat vertretenen Regierungen, denen seinerzeit die deutsche Denkschrift über den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund mitgeteilt worden ist, haben nunmehr geantwortet. Da diese Antworten für einen der wichtigsten Punkte der Denkschrift, nämlich für die Beteiligung Deutschlands an kriegerischen Zwangsmahnahmen des Völkerbunds noch keine Klärung brachten, hat die Reichsregierung weitere Aufschlüsse über diesen Punkt verlangt. Zu diesem Zweck hat sie die Frage in einer Note an den Völkerbund gestellt, die zugleich den Regierungen der Ratsmächte mitgeteilt wird. Die Denkschrift und die Note werden demnächst veröffentlicht werden.

#### Der Termin für den Reichstagszusammentritt

Berlin, 19. Dez. Die erste Sitzung des Reichstags ist vom Reichstagspräsidenten Wallraf nunmehr bestimmt auf Montag, 5. Januar, nachmittags 3 Uhr, anberaumt worden.

#### Aus dem Reichstag

Berlin, 19. Dez. Die Deutschnationale Reichstagsfraktion trat am Freitag mittag zu einer einstündigen Sitzung zusammen, um den Verlauf der Regierungskrise zu besprechen. Die Fraktion sah, wie verlautet, keinen Anlaß, dazu noch irgendwie Stellung zu nehmen. Sie ist vielmehr der Meinung, daß sie nichts anderes tun könne, als den weiteren Verlauf der Ereignisse abzuwarten. Die nächste Sitzung wird nicht vor dem 3. Januar stattfinden.

#### Weiterarbeit der Regierung der Mitte

Berlin, 19. Dez. Der Reichsminister hielt am Freitag mittag eine Ministerbesprechung ab, in der er über die Lage Bericht erstattete. Die Minister traten den Ausführungen des Reichsministers bei und erklärten sich bereit, die Geschäfte weiter zu führen.

#### Württ. Landtag

Stuttgart, 19. Dez.

In der Donnerstag-Nachmittags-Sitzung des Landtags wurde die Beratung über das Notgesetz und die Gebäudeentwässerungssteuer zu Ende geführt. Es gab noch längere Auseinandersetzungen namentlich politischer Art zwischen den Nationalsozialisten und der Sozialdemokratie, worauf man zu den Abstimmungen über die zahlreich vorliegenden Anträge schritt. Das Ergebnis war, daß die Gebäudeentwässerungssteuer unangetastet bleibt, wenn die Gebäude dauernd landwirtschaftlichen, forstwirtschaftlichen, gärtnerischen, gemeinnützigen, milden, ethischen und religiösen Zwecken zu dienen bestimmt sind oder wenn die Einziehung nach Lage der Sache unbillig wäre, insbesondere wenn Eigentümer oder Pächter der Gebäude Kleinanwirtschafsbetriebe mit einem Gebäudesteuerkataster bis zu 150 Mark (Gebäudesteueranschlag 5000 M.) oder Kleinrentner oder ihnen Gleichgestellte sind. Angenommen wurden ferner Entschlüsse auf möglichst baldige Aufhebung der Gebäudeentwässerungssteuer und auf Verwendung des Ertrags dieser Steuer in einem möglichst großen Umfang zur Förderung des Wohnungsbaus. In der Schlussabstimmung wurde das ganze Gesetz auch mit Zustimmung der Demokratie angenommen, während die Sozialdemokratie es ablehnte. Präsident Krüger schloß die Sitzung mit freundlichen Wünschen für frohliche Weihnachten. Der nächste Zusammentritt des Landtags ist für Mitte Januar in Aussicht genommen.

## Aus Stadt und Land.

Altentwig 20. Dezember 1914

Übertragen wurde eine Lehrstelle an der evangel. Volksschule Zilsfeld (Ost. Bez. Göttingen) dem Hauptlehrer Tomperi in Walddorf.

Weihnachtsfeier des A. G. S. Sängerkreis. Als erster hiesiger Verein begehrt die Sängerkreis ihre Weihnachtsfeier im „Lünen Baum“. Wie voriges Jahr, so wurde auch heute Wert darauf gelegt, ein inhaltlich einwandfreies Programm mit nur gutem Inhalt zu bieten. Den beschränkten Raum- und Bühnenverhältnissen Rechnung tragend, war es schwer, Geringeres zu finden. Neben Männerchören und Quartetten kommt das alte und doch

immer wieder ergreifende Melodrama: „Das Glöcklein von Zilsfeld“ zur Aufführung. Daneben werden lebende Schattenspiele und eine Fosse: „Dr. Kanare“ von Lehrer Bogt (Geislingen) u. a. den Abend ausfüllen. Dank dem Entgegenkommen von Mitgliedern und Freunden des Vereins ermöglicht sich eine reiche Gabenverteilung. Die Eintritts- und die Lospreise wurden gemeinsam mit den übrigen Vereinen festgelegt. (Näheres siehe Anzeige.)

Calw, 19. Dez. Am vergangenen Dienstag verfiel nach schwerem Leiden im Alter von 57 Jahren, eine in Stadt und Land überall bekannte Persönlichkeit, Paul Georgii, Direktor der Spar- und Vorschußbank. Ueber 25 Jahre stand er der Bank vor und hat durch umsichtige, energische Leitung und großen Fleiß die Genossenschaft zu hoher Blüte gebracht. Neben seinem Beruf fand er auch noch Zeit, sich dem Interesse der Allgemeinheit zuzuwenden. Er war als Nachfolger seines Vaters viele Jahre Kommandant der freiwilligen Feuerwehr; im Turnwesen nahm er eine führende Stellung ein, da er getreu der Tradition seines Hauses selbst ein eifriger und begeisterter Turner war, so daß er im Nagoldgau zum Gaurturnwart erwählt wurde. Als ein Freund der Natur und des Wanderns widmete er seine Kraft dem Verschönerungs-, Fremden- und Schwarzwaldverein. Die außerordentlich genaue Wegmarkierung im ganzen Bezirk ist sein Werk. Das Vertrauen seiner Mitglieder berief ihn in den Gemeinderat. Paul Georgii war eine impulsive Natur, scharf im Urteil, im übrigen aber ein seelenguter Mann. Durch eine heimtückische Krankheit wurde seine Kraft vor zwei Jahren gebrochen, trotzdem hielt er auf seinem Posten bis zum letzten Atemzug aus. Politisch stand er auf Seite der Demokratie. Von der Beliebtheit und der Bedeutung des Verstorbenen für das öffentliche Leben gab die zahlreiche Begleitung bei der Ueberführung nach Stuttgart ein beredtes Zeugnis. Ein großer Leichenzug, voran die Turner mit unflorter Fahne und die Feuerwehr, bewegte sich vom Trauerhause bis zum Ende der Stuttgarter Straße. Dort angekommen wurde von dem Verstorbenen Abschied genommen. Dekan Jeller sprach ein inniges Gebet, worauf verschiedene Ansprachen unter Kranzniederlegungen folgten. Rechtsanwalt Rheinwald sprach für die Spar- und Vorschußbank, Kommandant Stüber für die Feuerwehr, Rektor Beutel für den Schwarzwaldverein, Oberlehrer Mäcke für die Deutsche Demokratische Partei und Verwaltungsaktuar Staudenmeyer für den Turnverein und den Nagoldgauverein. Die Feier war sehr eindrucksvoll und würdig.

Calw, 19. Dez. Auf dem Heimweg vom Viehmarkt in Weidenstadt erlitt der Landwirt Jakob Gehring aus dem Bezirksort Delsheim sehr schwere Verletzungen. Mit losgerissener Kopfhaut und sonstigen schweren Verletzungen, besonders Quetschungen, wurde er nach Hause gebracht. In der Nähe des Bahnübergangs hatte das Pferd seines Landmannes Karl Gehring geschaut. J. G. hatte das läufige Tier festhalten wollen, war aber von diesem überrannt und geschleift worden und dann unter den Wagen gekommen. Das Befinden des Gehring ist bis jetzt befriedigend.

Calw, 19. Dez. Vor einigen Tagen wurde, wie bereits gemeldet, ein unbekannter, weiblicher Leichnam in der Nagold gefunden. Die Leiche scheint schon einige Wochen im Wasser gelegen zu sein. Es wurde vermutet, es sei eine vermisste Frau aus Wildberg. Einige Einwohner von Wildberg, die den Leichnam besichtigten, wollten mit Bestimmtheit eine Frau aus Wildberg erkennen, die sich vor einiger Zeit von Hause entfernt hat. Gestern besichtigte nun der vermeintliche Ehemann den Leichnam, erklärte aber bestimmt, das sei nicht seine Frau, das sei jemand anders. Nun ist der Leichnam herrenlos, die Beerdigung wird noch aufgeschoben. — Zwischen Calw und Hirsau, im reizenden Wiesental gelegen, befindet sich ein Neubau, der vom Erbauer, Verwaltermeister Alber, zuerst als Kaffeehaus eingerichtet wurde. Eine katholische Caritasgesellschaft hat nun das Haus zu 45 000 M. gekauft, um es zu einem Erholungsheim für katholische Kinder einzurichten. — Die Volksschule erhält von der Stadt einen Beitrag zur Schülerbibliothek und noch einen weiteren Beitrag von 200 M. zur Anschaffung von Lesestoff als Ergänzung zu den Leihbüchern.

Hirsau, 19. Dez. Am Mittwoch abend gegen 6 Uhr brach in den Kunstbaumwollwerken Feuer aus. Es gelang aber dem tatkräftigen Eingreifen rasch herbeigeeilter Einwohner des Feuers Herr zu werden, ehe es größere Ausdehnung annehmen konnte.

Neuenbürg, 19. Dez. Die gestern hier tagende Amtsversammlung beschloß nach gründlicher Aussprache in Wahrung der Bezirksinteressen den Bau einer Wasserversorgung und Wasserkrastanlage durch die Amtskörperschaft und gegenüber dem Vorhaben der Städte Stuttgart und Pforzheim wegen Errichtung von Talsperren im Gebiete der oberen Enz und Begleitung von Wasser aus dem Enztal nach Stuttgart einstimmig nachstehenden Protest in der Bezirks- und Stuttgarter Presse zu veröffentlichen:

Die Landeshauptstadt beabsichtigt, ihren alten Plan der Wasserversorgung Groß-Stuttgarts aus dem Enztal wieder aufzunehmen und zu diesem Zweck Talsperren im oberen Enz- und Enzgebiet zu errichten. Wir protestieren gegen diesen Plan, weil wir keine Notwendigkeit für eine solche Maßnahme anerkennen können. Stuttgart ist vor einem Jahrzehnt durch die Landeswasserversorgung hinreichend mit einwandfreiem Trinkwasser versorgt worden. Sie kann aus eben dieser Anlage das Doppelte der jetzt von ihr bezogenen Wassermenge entnehmen; ihr Wasserbedarf ist also auf Menschenalter hinaus gesichert. Wir protestieren gegen das Vorhaben Stuttgarts die Lebensinteressen des oberen Enzgebietes gründlich mißachtet. Das Wasser der oberen Enz und ihrer Nebenflüsse ist der Lebensquell des Enztales. Auf ihm beruht der Reichtum der Gegend. Ohne Wasser keine Wälder, keine Wiesen, ohne Wasser kein Gewerbe. Daß die vorgesehene Entschädigung der Wiesenbesitzer und Wasserwerksbesitzer für das weggeleitete Wasser mit Wasser aus den Staufen, das doch naturgemäß gerade dann die Stuttgarter Wasserversorgung speisen soll, wo es auch der Enz zugeleitet werden müßte, eine wirkliche Entschädigung überhaupt nicht darstellt, ist für jeden sachverständigen außer Zweifel. Die Begleitung erheblicher Wassermengen aus dem Enzgebiet würde eine Unterbindung der wirtschaftlichen Entwicklung des Bezirks bedeuten und ihn je länger je mehr in eine wirtschaftliche Abhängigkeit von der Stuttgarter Stadtverwaltung bringen. Die Durchführung des Plans würde

von der ganzen Bezirksbevölkerung als Verwundung empfunden und dauernd schwere Erbitterung schaffen. Und dies umso mehr, als hier niemand eintritt, worum die Großstadt Stuttgart, falls sie tatsächlich sich einen größeren Wasserbedarf zu sichern veranlaßt sein sollte, nicht auf das durchaus einwandfreie und auch dem größten Bedarf genügende Badenewasser verwiesen werden kann, eine Verletzung, bei der eine Interessenschädigung Dritter überhaupt nicht in Betracht kommt. Wir protestieren, weil durch die geplanten Anlagen die Thermen Wildbads schwer gefährdet wären. Wir können auch durch die neuesten Untersuchungen von Dr. Lorenzer (Göttingen) es keineswegs als bewiesen ansehen, daß das in den großen Speichenseen aufgestaute Wasser nicht in die Tiefe dringt und bis zum Thermalquellenpaltensystem vordringen könnte. Die Beunruhigung Wildbads wegen evtl. Beeinträchtigung der Thermen müßte auf die Frequenz des Kurplatzes katastrophal wirken.

Wir protestieren, weil durch die geplanten Anlagen die Versorgung einer ganzen Anzahl wasserarmer Bezirksgemeinden rechts und links der Enz mit Trink-, Kühl- und Feuerlöschwasser gefährdet würde. Wir protestieren, weil der Plan hartnäckig die Gutachten anerkannter Autoritäten auf dem Gebiet der Geologie, des Wasserbaues und der Hygiene, eines Professors Dr. Kraas, Prof. Dr. Lueger, Ober-Med. Rat Dr. Scheuerlen u. a., die sich auf das Bestimmteste gegen das Enztalprojekt ausgesprochen haben, völlig unbeachtet läßt. Wir protestieren, weil die Stuttgarter Pläne mit dem württ. Wassergesetz nicht vereinbar sind. Nach dessen Vorschriften (Art. 3, 32 u. 62) muß die Erlaubnis zu einer Wasserwegleitung verweigert werden, wenn dadurch ein erhebliches öffentliches Interesse verletzt oder eine erhebliche Benachteiligung, Gefährdung oder Beschädigung für die Besitzer anderer Grundstücke oder für bestehende Wasserbenutzungsanlagen bewirkt wird. Alle diese Voraussetzungen treffen hier in hervorragendem Maße zu. Wir sind überzeugt, daß die ganze Bevölkerung des Enztales sich hinter diesen unseren Protest stellt und sich geschlossen gegen eine Vergewaltigung durch die Großstadt Stuttgart aufs äußerste zur Wehr setzen würde.

Köningen, 19. Dez. (Eine Mordtat vor zwölf Jahren.) Am 10. Februar 1913 ist, wie untern Vesper bekannt, der verheiratete Handelsmann Baruch Preßburger von hier verschwunden. Er war an diesem Tage nach Donauwörth zu dem dortigen Viehmarkt gekommen und hatte etwa 2000 M. bei sich. Da Preßburger in geordneten Familienverhältnissen lebte, wiesen seine Angehörigen die Möglichkeit eines Selbstmordes zurück; auch ein Unglücksfall lag nicht im Bereich der Möglichkeit. Man rechnete vielmehr damit, daß P. einem Verbrechen zum Opfer gefallen war. Trotz aller Ermittlungen kam kein Licht in die dunkle Angelegenheit. Die Sache geriet allmählich in Vergessenheit, bis im Jahre 1918 aus der Donau in der Nähe von Donauwörth ein menschliches Skelett gezogen wurde, das einen Riemen (Gebetsriemen) an sich hatte, wobei jedoch festgestellt wurde, daß das Skelett von einem jungen Mann stammte, während P. nicht mehr jung war. Die Sache kam von neuem in Fluß, als diesen Herbst Anzeige gegen die 38 Jahre alte geschiedene Frau Königsdorfer, deren erster Mann, Unterhändler Süßbauer von Donauwörth, schon früher mit dem Mord in Verbindung gebracht worden war, erstattet wurde, daß diese mit ihrem Mann Süßbauer und ihrem Dienstknecht Lorenz den P. ermordet und beraubt habe. Die beiden Männer sind nicht mehr unter den Lebenden. Die Anzeige führte sich darauf, daß Süßbauer kurz vor seinem Tod, um sein Gewissen zu erleichtern, ein Geständnis abgelegt habe. Frau Königsdorfer wurde in Haft genommen; sie stellte aber die Tat in Abrede, trotzdem eine mit ihr in der gleichen Gefängniszelle untergebrachte Gefangene unter Eid bekundete, daß die Königsdorfer ihr anvertraut habe, daß ihr Ehemann Süßbauer mit dem Dienstknecht den Preßburger an eine Stelle außerhalb Donauwörth gelockt, diesem Morphium in den Mund gegeben und ihm den Hals abgeschritten hätte. Den Leichnam hätten sie zerstückelt und in einem Sack in die Donau geworfen, worauf sie die Beute geteilt hätten. Trotz dieser belastenden Aussagen konnte das Schwurgericht in Neuburg nicht zu einem Schuldspruch kommen. Die Angeklagte wurde mangels genügender Beweise im Gegenjah zum Staatsanwalt, der die Todesstrafe beantragt hatte, freigesprochen.

Stuttgart, 19. Dez. (Württ. Sparkassen-Vereinsbund.) Unter Vorsitz von Bürgermeister Dr. Dollinger wurde hier die dritte Mitgleiderversammlung des Württ. Sparkassen-Vereinsabandes abgehalten. Im Geschäftsbericht für 1923 wird darauf hingewiesen, daß das Ministerium des Innern der Sparkassen durch Ausdehnung ihrer Tätigkeits in der Sparkassen durch Ausdehnung ihres Arbeitsfeldes als Folge des Inflationskampfes volles Verständnis entgegengebracht hat. Möglich der Auswertungsfrage kam die Stellung der Sparkassen in einer Entscheidung zum Ausdruck, nach der vom neuen Reichstag schnellstens eine Lösung dieser Frage erwartet wird, die unter Hintanhaltung formaler Bedenken den Sparkassen die Mittel in die Hand gibt, damit sie die berechtigten Ansprüche ihrer alten Sparer erfüllen können. In der Einföhrung von Sparkassen wird eine unerwünschte und unnötige Konkurrenz erblickt. Bis Ende November betragen die Sparanlagen in Württemberg rund 22 Millionen Mark, die Giro Guthaben rund 39 Millionen.

Fleischpreis-Erhöhung. Infolge der Preissteigerung in der letzten Woche sind die Preise für Ochsen-, Rind-, Kalb- und Schweinefleisch um 5-10 Pfg. pro Pfund erhöht worden.

Tübingen, 19. Dez. (Von der Universität.) Dr. Privatdozent der klassischen Philologie Dr. Friedrich Kocke in Breslau hat einen Ruf als Nachfolger des a. o. Prof. Dr. Wilfer nach Tübingen erhalten. — Der Ordinarius Dr. Wilh. Weber in Tübingen hat eine Berufung auf den Lehrstuhl der alten Geschichte an die Universität Halle als Nachfolger von Ernst von Stern erhalten. — Ernannt wurde Prof. Dr. Herbert von Beckerath von der Universität Tübingen zum ordentlichen Professor der Staatswissenschaften an der Universität Bonn.

Mödingen, 19. Dez. (Tödl. Unfall.) Bei Arbeiten im Induktionsviertel stürzte eine etwas angegrabene Telephonstange um und traf den 25 Jahre alten Arbeiter Andreas Ebenwein von Betra (Hohenzollern), dem sie das Bein abhieb und den Kopf vollständig zusammenbrückte, so daß der Tod sofort eintrat.



**Arb.-Gesangverein  
Sängerlust Altensteig.**



Der Verein feiert am kommenden Sonntag, 21. 12. 24 seine

**Weihnachtsfeier**

Im Saale des Gr. Baum hier, wozu jedermann frdl. eingeladen ist.

Eintritt für Nichtmitglieder Mk. 1.—  
Saalöffnung 1/7 Uhr. Beginn 1/8 Uhr.

**Ausstellung.**

Am Sonntag, den 21. Dez. findet in der Gewerbeschule von 11 bis 4 Uhr die

**Ausstellung der Frauenarbeitschule**

statt, zu deren Besuch jedermann herzlich eingeladen ist. — Zugleich werden weitere Anmeldungen für den am 7. Jan. beginnenden neuen Kurs in Hand-, Maschinen-, Kleidernähen und Sticken angenommen.

Hedwig Jetter.

Schöne Auswahl  
**Schirme**  
billigst bei  
**Chr. Krauß.**

Der nächste  
**Handelskurs:**

Buchführung  
Korrespondenz  
Handelslehre  
Kaufm. Rechnen  
Stenographie  
(Reichskurzschrift)  
Maschinen-  
Schreiben

beginnt am 7. Januar 1925.  
Anmeldung erbeten an

**Jsolde Gut  
Nagold, Calwerstr.**

Altensteig.

**Feuer-  
werkskörper**  
empfiehlt  
**Lorenz Luz jr.**

Als besonders praktisches und schönes

**Weihnachtsgeschenk**

empfehlen wir

**Altenmappen**

in schöner Auswahl zu billigen Preisen

**B. Kleber'sche Buchhandlg.**

**Kirchliche Nachrichten.**

4. Advent, 21. Dezember, vorm. 10 Uhr Predigt über Matth. 3, 1—6: Von der Buße. Lied 139, 136. Nachher Kinderergottesdienst. Nachm. 1/2 Uhr Christenlehre mit den Söhnen. Nachm. 1/5 Uhr Kinderweihnacht in der Kirche. Abends 8 Uhr Weihnachtsfeier des Jungfrauenvereins im Gemeindehaus. Kinder haben keinen Zutritt.

Am Donnerstag, Christfest mit Predigt vorm. 10 Uhr und anschließender Beicht und Abendmahlsfeier. Am Christfest abends um 5 Uhr Gesangsgottesdienst mit Lichtbildern in der Kirche.

Am Freitag Stephanusfeiertag mit Predigt vorm. 10 Uhr im Gemeindehaus von Stadtpf. Genwein-Verneck. Anschließend um 1/12 Uhr Abendmahlsfeier für Alte und Gebrechliche im Gemeindehaus.

Methodistengemeinde.  
Sonntag, den 21. Dezember vormittags 1/10 Uhr Predigt nachm. 1 Uhr Sonntagsschule. Abends 1/8 Uhr Predigt.

Christfest, vorm. 1/10 Uhr Predigt, nachmittags 5 Uhr Feier der Sonntagsschule.

Zweiter Feiertag, vorm. 1/10 Uhr Predigt.

**Landw. Bezugs- u. Absatz-Genossenschaft  
Altensteig.**

Zu billigsten Preisen solange Vorrat:

**la Weiß- und Brotmehl**  
Zucker und Salz

**Roggenmehl zu Futterzwecken**

Roggenfuttermehl	La Plata-Haber
Leinmehl	" " Mais
Gesamtmehl	" " Maismehl
	Lothmelasse

**Kälberanzuchtmehl „Trimaltin“**  
in Päckchen zu 5 Kilogramm.

**Futterkaff** Kalisalz  
**Rainit, fein u. grob** Schwefel. Ammoniat

Infolge sich erhöhender Preise für Kunstdünger ab 1. Januar wollen sofortige Bestellungen für den Frühjahrbedarf bei den Obmännern bezw. Geschäftsstelle gemacht werden.

Bestellungen auf Kleesamen wollen baldmöglichst gemacht werden.

Fernsprecher Nr. 85.

Geschäftsstelle.

**Paul Beck in Altensteig**

empfiehlt zu

**Weihnachts-Geschenken:**

Aluminiumgeschirre  
Emailgeschirre  
Gußgeschirre  
Stahlpfannen  
Messingpfannen  
Buttermaschinen  
Butterfässer  
Fleischhackmaschinen  
Reibmaschinen  
Dudelschneidmasch.  
Spahenmaschinen  
Tafelwagen  
Beigerwagen  
Einkochapparate  
Waschwindmaschinen  
Waschmangen  
Messerputzmaschinen  
Bestecke  
Brotkapseln  
Brotkörbe  
Geldkörbe  
Gewürzkästen  
Kaffeekannen

Kaffeemühlen  
Wandkaffeemühlen  
Buckerdosen  
Waffeleisen  
Bettflaschen  
Briefkästen  
Blumengießkannen  
Christbaumständer  
Kohlenbügeleisen  
Elektrische Bügeleisen  
Servierbretter  
Kohlenkästen  
Kohlenfüller  
Ofenschirme  
Parkettbohner  
Kinderbadewannen  
Tortenplatten  
Thermosflaschen  
Wiegmesser  
Toiletteimer  
Davoser Schlitten  
Kinderschlitten  
Schlittschuhe

sowie alle sonstigen

**Haushaltungs- und Küchenartikel**

Schöne Auswahl!

Mäßige Preise!

Kälberbronn.

**Dankagung.**



Seingelehrt vom Grabe unserer innigst geliebten, fern von der Heimat entschlafenen, einzigen Tochter

**Maria**

drängt es uns, für alle unserer lieben Entschlafenen erwiesene Liebe in der Heimat und im Töchterinstitut Korntal seitens der Familie des Herrn Direktor Dr. Speer, der Lehrerinnen, Schülerinnen und Angestellten, für die aufopfernde Pflege, für bereitwilligste Ueberführung seitens des Herrn Rudolf Böding-Böhmlesmühle mit seinem Auto, für die trostreichen Worte des Herrn Pfarrer Krumm, für den erhebenden Gesang des Herrn Hauptlehrer Hagenlocher mit seinen Schülern und Jungfrauen, für die ehrenden Nachrufe des Herrn Direktor Dr. Speer und der Schwester Maria im Namen des Jungfrauenvereins, für die vielen Kranz- und Blumenspenden, sowie für die überaus zahlreiche Begleitung zu ihrer letzten Ruhestätte unseren tiefgefühlten, aufrichtigen Dank auszusprechen.

**Familie Ziesle**  
3. Schwanen.

Nagold.

**Löwenlichtspiele**

Sonntag 2.15, 4.30, 8.15 Uhr



**Die Rätsel Afrikas**

in 5 Teilen.

2. Teil:  
**Um die Blüte des Harems.**  
1. Teil wird erklärt.  
**Sowie Lustspiel.**

